Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Indochinesisches Dschungel ; Alliierte unter sich ; Die amerikanische Drohung bleibt ; Die fällige Wendung ; Klerikaler Absolutismus ; Italien als Schlüsselland ; Drei "Musterstaaten" ; Umstrittenes Frankreich ; Deutschland - Oesterreich...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139912

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der westlichen Großmächte insbesondere, von denen wir Kleinen so vielfältig abhängig geworden sind. Eine *neue Presse* ist darum eine erste Notwendigkeit, wenn die politische Demokratie wirklich gerettet und wiederhergestellt und der Völkerfrieden gesichert werden soll — eine Presse, die nicht mehr Geschäft ist, sondern öffentlicher Dienst, nicht mehr Werkzeug kapitalistischer Interessen, aber auch nicht Werkzeug einer antikapitalistischen Staatsgewalt. Dann erst wird man wieder von wahrhafter Pressefreiheit reden und der Presse — neben ihren anderen Funktionen — wirklich die Aufgabe anvertrauen können, die sie unter dem unheilvollen Einfluß des Gelddenkens so weithin zu erfüllen versäumt, ja in ihr Gegenteil verkehrt hat: Erzieherin des Volkes zu selbständigem Urteil über seine eigenen Angelegenheiten und sein Verhältnis zu den anderen Nationen zu sein. *Hugo Kramer*

WELTRUNDSCHAU

Indochinesisches Dschungel Die hohe Politik steht weiterhin im Zeichen der Genfer Konferenz über *Indochina*. (Denn über Korea redet man kaum noch im Ernst.) Sieben Wochen dauern nun schon die Verhandlungen. Was ist aber bisher herausgekommen? Ich verfolge den Fortgang der Konferenz aufmerksam von Tag zu Tag, habe zahllose Artikel darüber gelesen, bin an Pressekonferenzen gegangen, habe Fühlung mit einigen Delegationen genommen — aber das Ganze erscheint mir immer mehr als ein ungeheurer Leerlauf. Natürlich schiebt jede Seite der anderen die Schuld daran zu. Besonders die Westmächte (und ihr «neutraler» Anhang) beschuldigen alle Tage die kommunistischen Staaten, sie *wollten* überhaupt keine ehrliche Verständigung, spekulierten vielmehr nur «auf Zeitgewinn», das heißt auf einen endgültigen Umschwung der militärischen Lage in Indochina zu ihren Gunsten, der ihnen dann auch in Genf von selber den Sieg bescheren werde. Daran ist soviel richtig, daß der Vietminh natürlich seine militärischen Erfolge nach Kräften auszuweiten sucht, solange kein Waffenstillstand vereinbart ist, und daß jeder neue Erfolg, den er auf dem Schlachtfeld erringt, auch die Stellung seiner Unterhändler in Genf verbessert. Aber falsch ist es, wenn daraus geschlossen werden will, dem Vietminh sei es überhaupt nicht wirklich um einen Waffenstillstand auf Grund der *gegenwärtigen* Kriegslage zu tun; er wolle einfach Indochina vollends ganz erobern und dann den Frieden diktieren — wenn das überhaupt noch nötig sei. In Wahrheit hat der Vietminh gar kein Interesse an einer Fortsetzung des Krieges; die große Mehrheit des Volkes von Indochina ist, wie alle halbwegs sachlichen Beobachter übereinstim-

mend feststellen, ohnehin für die Sache des Vietminh gewonnen, und wenn es heute zu einem Waffenstillstand käme, so würde morgen auf gänzlich unblutigem Wege — durch allgemeine Wahlen — sicher eine Regierung in Indochina (oder doch in Vietnam) ans Ruder kommen, deren Präsident ganz selbstverständlich der «Rebellenführer» Ho Chi-Minh wäre.* Eine Weiterführung des Krieges schließt für den Vietminh nur die Gefahr in sich, daß die Vereinigten Staaten mit voller Macht eingreifen und mit Atombomben und Napalm nicht allein China angreifen, sondern auch in Indochina vernichten, was ihnen überhaupt erreichbar ist.

Warum kommt es also dennoch nicht zu einer Einstellung der Feindseligkeiten? Die Antwort kann nur lauten: Weil die Westmächte, und vor allem die Vereinigten Staaten, nicht einsehen (oder doch noch nicht zugeben), daß Indochina für sie bereits verloren *ist* und sie dort überhaupt nichts mehr zu suchen haben, und weil sie im Gegenteil alles aufbieten, um Indochina doch noch «für die freie Welt zu retten», das heißt, es *ihrem* Machtbereich zu erhalten — politisch, wirtschaftlich und militärisch. *Das* ist der Kern des Ganzen, und solange man sich im Westen auf diese Haltung versteift, solange man sich also weigert, die Lage in Indochina (wie in Südost- und Ostasien überhaupt) wirklichkeitsgemäß anzusehen, so lange wird es nicht zu einer einigermaßen haltbaren Vereinbarung zwischen den beiden Mächtegruppen über Indochina, Korea und so fort kommen — ganz gleichgültig, was in Genf noch beschlossen werden mag.

Den Westmächten das klar zu machen und sie zu veranlassen, die Folgerungen daraus zu ziehen — das ist das ganze Geheimnis der vielberufenen kommunistischen Taktik an der Asienkonferenz. Anderseits besteht die Taktik der Westmächte einfach darin, nach Vogelstraußenart den Kopf in den Sand zu stecken, die durch sechs Jahre Krieg in Indochina geschaffenen Tatsachen so wenig als möglich anzuerkennen und sich darüber zu entrüsten, daß die Oststaaten ihnen nicht helfen, aus ihrem indochinesischen Konkurs noch recht viel für sich selber herauszuholen. Das ist zwar ein kindisches Spiel, aber unsere «öffentliche Meinung» spielt es getreulich mit. Ein sozialdemokratisches Blatt der Schweiz schnödet sogar: «Das Wort ‚Generosität' kommt bei den Kommunisten höchstens in einem Handbuch für Psychiatrie, sicher aber nicht in dem für Politik vor» — als ob die *Westmächte* in ihrem Kampf gegen den Kommunismus jemals Generosität bewiesen hätten, wenn die militärischen Trümpfe in *ihrer* Hand lagen!

---

* Ein amerikanischer Geschäftsmann schreibt in der Neuyorker «Nation» (8. Mai): «Die Vietnamesen sind einstimmig in dem Verlangen nach vollständiger Unabhängigkeit von Frankreich ... Über die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Franzosen und Vietnamesen in Paris spottet man nur ... Ein Vietnamese, dessen Familie im Jahre 1945 durch die kommunistischen Extremisten schwer gelitten hat, sagte zu mir: ‚Wir werden Ho Chi-Minh immer als unseren Nationalhelden und die Widerstandsbewegung als den notwendigen Hebel für unsere Unabhängigkeit betrachten.'»

Alliierte unter sich Eigentlich wäre es vor allem an *Frankreich*, der tatsächlichen Lage in Indochina Rechnung zu tragen und durch einen wenn auch schmerzlichen Frieden mit dem Vietminh zu retten, was überhaupt noch zu retten ist. Aber das hieße, wie die Dinge liegen, mit Amerika brechen — und daran darf die Parlamentsmehrheit, die hinter Laniel und Bidault steht, nicht einmal im Schlaf denken.* Das Frankreich der «zweihundert Familien» lebt ja direkt von den Vereinigten Staaten und zeigt keinerlei Lust, Selbstmord zu begehen, um den Kommunisten in Indochina vollends in den Sattel zu helfen. Anderseits ist Frankreich weder willens noch fähig, den Krieg in Indochina mit eigenen Mitteln weiterzuführen, nicht einmal in dem bescheidenen Ausmaß, das ihm die amerikanische Hilfsaktion noch übrig läßt. Daraus ergibt sich eine seltsame Lage:

«Die französische Regierung kann jetzt mit vollkommener Logik sagen: ‚Das französische Volk will unbedingt aus diesem Krieg herauskommen, und wenn ihr (Amerikaner) uns verhindern wollt, einen Verhandlungsfrieden zu schließen, so müßt ihr eben den Kampf selber auf euch nehmen.' Mr. Dulles kann dann vor das amerikanische Volk treten und behaupten, Frankreich habe den Vereinigten Staaten ein Ultimatum gestellt: Entweder ihr schickt amerikanische Truppen, oder Indochina wird den Kommunisten in die Hände fallen.» («Monthly Review», Maiheft.)

Das ist in der Tat das ebenso schlaue wie abscheuliche Spiel, das die Herren Dulles und Bidault (samt ihren Hintermännern) miteinander abgekartet haben. Und wenn Bidault dabei vielleicht wirklich nur an ein geschicktes diplomatisches Manöver denkt, das Frankreich die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe weiterhin sichern und gleichzeitig die Annahme des Vertrags über die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» durch das Parlament doch noch ermöglichen solle, so hat Dulles gewiß viel weiterzielende, viel gemeingefährlichere Absichten, die er mit wahrhaft tödlichem Ernst verfolgt. Seine Indochinapolitik ist ja nur ein Glied der amerikanischen Weltpolitik überhaupt, deren A und O die Vorstellung ist, daß ein friedliches Nebeneinanderleben der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt weder wünschbar noch möglich sei und daß es über kurz oder lang ja doch zu einer letzten gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den beiden Welten kommen müsse — je eher, je lieber, da der militärische und wehrwirtschaftliche Vorsprung des Westblocks vor dem Osten mit jedem Jahr geringer zu werden drohe. In diese Gesamtauffassung fügt sich die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten ganz natürlich ein. Eine einflußreiche Schule amerikanischer Politiker und Militärs hat schon längst gelehrt, daß die kommunistische Weltfront von *Ostasien* her aufgerollt werden müsse und könne, da hier ihre schwächste Stelle sei, und General MacArthur, einer ihrer Hauptvertreter, war ja vor drei Jahren nahe daran, diese Auffassung in die Tat umzusetzen, als er sich anschickte, in die Mandschurei einzubrechen und die

* Über den Regierungswechsel in Paris vgl. die Anmerkung zu Seite 276.

dortige Versorgungs- und Nachschubbasis der chinesischen «Freiwilligenarmee» in Korea zu zerstören. Und die damalige Regierung der USA hätte ihn wohl auch gewähren lassen, hätte nicht Labourengland revoltiert und Attlee, schnell entschlossen nach Washington fliegend, Truman klar gemacht, daß schon ein Wunder geschehen müsse, wenn die Fortsetzung von MacArthurs Marsch auf den Jalu nicht die Sowjetunion zum Eingreifen an der Seite ihres chinesischen Verbündeten herausfordern solle.

Jetzt ist es *wiederum England*, das sein Veto gegen die amerikanische Katastrophenpolitik eingelegt hat. Aber jetzt ist es nicht nur ein eigenmächtiger General und Statthalter des amerikanischen Imperiums, der kaltblütig einen dritten Weltkrieg riskiert; es ist die mit Eisenhower und Dulles selbst an die Regierung gekommene Aktivistenpartei, die überzeugt ist, die Stunde sei da, dem «roten Imperialismus» in Ostasien mit letzter Entschlossenheit Halt zu gebieten, wenn nicht mit Indochina ganz Südostasien der «freien Welt» verloren gehen solle. Um so tiefer ist der Konflikt, der darüber zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ausgebrochen ist. Wir zitieren den Londoner «New Statesman» (5. Juni):

«Sir Winston (Churchill), sein Leben lang ein Vertreter des Atlantikbundes, riskiert mit voller Überlegung einen Bruch der englisch-amerikanischen Beziehungen, weil ihm am Sonntag, dem 25. April (anläßlich des Blitzbesuches von Staatssekretär Dulles in London. H. K.), plötzlich klar geworden war, daß die amerikanische Regierung versuchte, Großbritannien in eine schleichende Intervention in Indochina zu verwickeln. Das aber konnte, wie er wohl weiß, nur zu einem Angriff auf das chinesische Festland und wahrscheinlich zu einem Weltkrieg mit Wasserstoffbomben führen. Die Erschütterung, die diese Entdeckung bewirkte, war heftig. Sie hat Eden dazu getrieben, Molotows Mithilfe für die Abwehr der Katastrophe zu suchen. Sie hat Regierung und Opposition zur Unterstützung einer Politik zusammengeführt, die noch vor sechs Wochen als ‚unverantwortlicher amerikafeindlicher Extremismus' verdammt worden wäre.»

Die amerikanische Drohung bleibt Der britische Außenminister macht in der Tat in Genf ernste Anstrengungen, um zwischen Amerika und den kommunistischen Staaten zu vermitteln, einen Waffenstillstand herbeizuführen und so jene letzte «Kraftprobe» zu vermeiden, von der er — wie ganz England — weiß, daß Großbritannien und sein Commonwealth ihr weder militärisch noch wirtschaftlich gewachsen wären. Allein, täuschen wir uns doch ja nicht: *die Gefahr ist noch keineswegs beschworen.* Es ist eben nicht nur eine Marotte des Herrn Dulles, die den Plan eines amerikanischen Entscheidungsschlages gegen China — mit oder ohne Beteiligung Englands — in die Welt gesetzt hat und mit einem neuen allgemeinen Krieg droht; dahinter steht vielmehr die ganze amerikanische Weltpolitik, wie sie sich aus dem Dogma von der Unmöglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit dem Weltkommunismus logisch entwickelt hat.

Die herrschende Klasse der USA, als deren «geschäftsführenden Ausschuß» sich die Regierung Eisenhower so offen konstituiert hat, ist entschlossen, die Sowjetunion zu zerbrechen und die in ihr vereinigten Völker zu «befreien». Sie arbeitet planmäßig auf den Sturz des neuen Regimes in China hin, von dessen Existenz die Vereinigten Staaten amtlich überhaupt keine Kenntnis nehmen. Sie will auf die Dauer weder ein kommunistisches Nordchina dulden noch ein vom Vietminh organisiertes, ja nicht einmal ein *teilweise* ihm unterstelltes Indochina. Sie will erst recht keine weitere Ausdehnung des kommunistischen Einflusses in der übrigen Welt zulassen, auch keinerlei ernsthaften Fortschritt der sozialen und nationalen Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker. Ganz bezeichnend sind in dieser Hinsicht ihre Machenschaften gegen das kleine *Guatemala*, das — ähnlich wie Britisch-Guayana — erst in den Anfängen einer bescheidenen Land- und Sozialreform steht und diese mit Methoden durchführt, die mindestens so demokratisch sind wie die in den USA üblichen, aber auf Betreiben der im Lande tätigen nordamerikanischen Kapitalinteressen als höchst gefährlicher «kommunistischer Brückenkopf auf dem amerikanischen Kontinent» erklärt und jetzt offen mit militärischer Intervention bedroht wird.* Was geschähe erst, wenn etwa in Frankreich oder Italien auf Grund normaler Wahlen eine Regierung ans Ruder käme, an der auch die Kommunisten beteiligt wären?

In Indochina kommt dazu, daß das Land dank seiner geographischen Lage eine Schlüsselstellung innerhalb des südostasiatischen Gesamtraumes einnimmt und den Vereinigten Staaten für die Wahrung ihrer wirtschaftlichen, politischen und strategischen Machtinteressen im Westpazifik unentbehrlich erscheint. Und nicht zu vergessen: die Ost- und Südostasienpolitik, wie sie die Regierung Eisenhower-Dulles betreibt, sichert auf alle absehbare Zeit die ungeschmälerte Aufrechterhaltung, wenn nicht eine erneute Verstärkung der militärischen Hochrüstung, die das vermeintlich bequemste Mittel des «freien Unternehmertums» geworden ist, mit dem es um eine sonst kaum vermeidbare Wirtschaftskrise herumzukommen hofft. (Die amerikanische Stahlindustrie arbeitet zurzeit nur mit 70 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit, und die Arbeitslosigkeit hat wohl bereits um die vier Millionen Berufstätige erfaßt.) Was 1950 der Koreakrieg für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung tat, soll nun anscheinend die Indochina- und China-Aktion wiederholen.

---

* Ein Mitarbeiter des Zürcher «Volksrechts» schiebt (in Nr. 132) die Schuld für all das — Moskau zu: «Moskau kann sich freuen! Auf die russische Initiative hin sind die Schachfiguren so angeordnet, daß Washington nur in einem ihm schädlichen Sinne handeln kann. Moskau rechnete auch mit der Haltung der United Fruit (des mittelamerikanischen Bananentrustes. H. K.), deren Mentalität dem Kreml zur Genüge bekannt ist. Die United Fruit ... hat nicht verfehlt, Moskaus Spiel zu spielen.»

Mag auf Erden passieren, was da will — immer ist Moskau der allgegenwärtige, allwissende, allmächtige Bösewicht Nr. 1. In diesem Detektivromanstil wird heute in der sozialdemokratischen Presse Weltgeschichte geschrieben ...

Gewiß, Dulles hat angesichts des britischen Widerstands etwas Wasser in seinen Wein gegossen. Er redet jetzt davon, daß die berühmte «Kollektivaktion» in Südostasien nur der Garantierung eines Waffenstillstandes in Indochina dienen solle, wenn er einmal abgeschlossen sei, und was ähnliche «Milderungen» seines ursprünglichen Planes mehr sind. Aber gleichzeitig tut er alles, um einen für den Vietminh annehmbaren Waffenstillstand zu *hintertreiben* — nicht nur durch die Weigerung, eine Teilung Indochinas auf Grund des gegenwärtigen militärischen Besitzstandes beider Parteien anzunehmen, sondern auch durch die Unterstützung (wenn nicht direkte Veranlassung) des Hilferufes der Regierung von *Siam* an den Sicherheitsrat der UNO wegen einer angeblich drohenden Invasion von Vietminh-Truppen. Siam, ein regelrechter Satellit der Vereinigten Staaten, ist allerdings bedroht — aber nicht durch einen kommunistischen Angriff von außen, sondern durch sein eigenes, korruptunfähiges Regime, das sich kaum lange zu halten vermöchte, wenn es der Stützung durch die amerikanische Vormacht der «freien Welt» verlustig ginge. Die Konstruktion einer siamesischen Frage, mit der sich die UNO befassen müsse, kann auf jeden Fall die Aufgabe der Genfer Konferenz und das Zustandekommen eines Waffenstillstands in Indochina nur erschweren. Aber ist die amerikanische Taktik nicht doch ganz logisch? Hat Washington, von den Voraussetzungen seiner gegenwärtigen Weltpolitik aus, irgendein Interesse an einer Regelung in Indochina, die den Machtbereich des Vietminh bestehen ließe, ja seine Erweiterung begünstigte und zugleich dem kommunistischen China Zeit gäbe, sich innerlich zu festigen und seine Armee auszubauen?

Es mag sein, daß ein Teil der Planer der amerikanischen Asienpolitik nicht unbedingt mit einem Krieg gegen China rechnet, vielmehr hofft, schon ein sehr starker militärischer *Druck* auf China werde genügen, um dieses «zur Raison zu bringen». Del Vayo, der außenpolitische Redakteur der Neuyorker «Nation», berichtet (15. Mai) in der Tat, die Anhänger von Dulles meinten, die Politik des Staatssekretärs biete «nur» fünfzig Prozent Aussicht auf Krieg. Aber eine höchst aktive Gruppe innerhalb der regierenden Schicht, mit Vizepräsident Nixon an der Spitze und Senator Knowland als Hauptwortführer, arbeitet unverhüllt auf ein direktes bewaffnetes Eingreifen hin, für das auch Admiral Radford, der Chef des großen Wehrmachtsstabes, längst gewonnen ist. Sein Kollege Carney, Chef der Flottenoperationen, hat erst kürzlich erklärt, die «freie Welt» müsse jetzt bald wählen, ob sie «kämpfen oder sich der kommunistischen Expansion unterwerfen» wolle. Und ähnliche kriegerisch-demagogische Kraftsprüche kann man in den Vereinigten Staaten alle Tage hören, wenn auch, wie gesagt, viele Anhänger einer «Politik der starken Faust» im stillen hoffen mögen, es genüge, dem kommunistischen China ein Ultimatum zu stellen und mit der H-Bombe zu drohen, um es zum Desinteressement an Indochina, Korea usw. zu zwingen. Dabei ist es aber doch im höchsten Grad unwahrscheinlich, daß China vor einer

solchen Drohung zurückweichen würde. Es *kann* sich nicht an Indochina und Korea desinteressieren, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen, so wenig es sich mit der Existenz eines von Tschiang Kai-Schek beherrschten Formosas abfinden wird, von dem aus das chinesische Festland «zurückerobert» werden soll. Und es wird erst recht nicht untätig zuschauen, wenn eine überseeische Großmacht — eben die Vereinigten Staaten — sich noch stärker als bisher unmittelbar an seinen Grenzen festzusetzen und ihr das Gesetz ihres Handelns zu diktieren versuchen wollte, eine Großmacht, die ganz offen darauf ausgeht, das neue Regime in China zu stürzen und die alten reaktionären Machthaber wieder ans Ruder zu bringen. Man stelle sich nur vor, was geschähe, wenn umgekehrt eine *kommunistische* Großmacht, deren Kernland Tausende von Kilometern von Amerika entfernt liegt, sich an den Grenzen der Vereinigten Staaten festsetzen, einige von deren Nachbarländern auf Kriegsfuß bringen und dann mit den schwersten Druck- und Drohaktionen gegen die USA aufrücken würde, unter dem Vorwand, ihre — der kommunistischen Großmacht — Sicherheit sei durch die Expansionspolitik des fernen Amerika tödlich bedroht! Würden die Vereinigten Staaten nur einen Augenblick daran denken, vor einem solchen Einschüchterungsversuch zu kapitulieren? Warum muten sie also *China* eine Handlungsweise zu, die sie selbst mit höchster Entrüstung von sich weisen würden, wenn sie *ihnen* zugemutet würde?

Man wird sich darum in den USA klar werden müssen, daß eine westmächtliche oder auch nur amerikanische Interventionsdrohung gegenüber China mit großer Sicherheit den Krieg bedeuten würde — den Krieg nicht nur in Ostasien, sondern im Blick auf die Bundesgenossenschaft Chinas mit der Sowjetunion auch in anderen Weltteilen. Und in den verantwortlichen Regierungskreisen *ist* man sich wohl auch darüber klar. Auf jeden Fall spricht alles dafür, daß die aktivsten Gruppen der amerikanischen Führungsschicht planmäßig am Werke sind, um eine Lage herbeizuführen, die das amerikanische Volk und sein Parlament vor die scheinbare Unausweichlichkeit eines neuen Krieges stellen soll. Und da die öffentliche Meinung Amerikas schon von langer Hand auf eine solche Lage hin präpariert ist, also keinen ernsthaften Widerstand leisten würde, kann man nur sagen, daß der Frieden auf ganz schwachen Füßen stünde, wenn es *nur* auf Amerika ankäme.

Die fällige Wendung Allein es kommt eben *nicht* nur auf Amerika an. Ohne seine bisherigen Verbündeten kann sich auch das scheinbar allmächtige Amerika keinen Krieg leisten, am wenigsten in Ostasien, wie die Vorgänge der letzten Wochen deutlich genug gezeigt haben. Die diplomatische Isolierung, in die Dulles die Vereinigten Staaten hineinmanövriert hat, würde noch weit überboten durch den Widerstand, den ein direkter militärisch-politischer Stoß Amerikas gegen China und den Vietminh in Frankreich, Großbritannien und ande-

ren Ländern herausfordern müßte. Und schon jetzt müssen alle Anstrengungen der europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten darauf gerichtet sein, zu verhindern, daß ein solcher Stoß Amerikas überhaupt gewagt wird. Wäre es nicht denkbar, daß sich die französische Nationalversammlung endlich ermannte, die Regierung Laniel-Bidault stürzte und sich eindeutig weigerte, den «schmutzigen Krieg» auch nur einen Tag lang weiterzuführen?* Und England — ist es durch seine Lebensinteressen nicht förmlich gezwungen, in Washington ein für allemal klar zu machen, daß es sich von Amerika trennen müsse, falls dessen Ostasienpolitik nicht eine radikale Umkehr erfahre — eine Umkehr, die die Kriegsgefahr grundsätzlich ausschließe? Churchill hat zwar in einer Ansprache am 8. Juni, auf die gegenwärtigen «Meinungsverschiedenheiten» mit den Vereinigten Staaten anspielend, gesagt: «Nichts darf uns trennen, wenn wir gemeinsam den Pfad des Schicksals beschreiten. Wenn die Welt in zwei Teile gespalten wird, so wissen wir, auf welcher Seite wir sein werden.» Das hat sicher denjenigen in Amerika Hoffnung gemacht, die darauf spekulieren, daß Großbritannien zuletzt doch die Solidarität mit dem großen Bruder jenseits des Ozeans über alle anderen Erwägungen stellen würde, wenn es sich dem fait accompli eines offenen amerikanischen Eingreifens gegen die «kommunistische Expansion» in Asien gegenübersähe. Und gewiß warten in England nicht wenige «Unbeugsame» darauf, daß der Ministerpräsident endlich seine «unverständliche Langmut und Nachgiebigkeit» gegenüber den «kommunistischen Welteroberern» aufgebe und sich fest und unverbrüchlich auf die Seite Amerikas schlage.** Aber die Einsicht in das Selbstmörderische einer solchen neuen Bindung an die Vereinigten Staaten ist im britischen Volk — und weit über die Labouropposition hinaus — doch wohl bereits so klar geworden, daß es nur schwer vorstellbar ist, wie Churchill das Steuer abermals herumwerfen und England ins Schlepptau einer amerikanischen Politik nehmen lassen könnte, die geradenwegs in die Katastrophe hineinzuführen droht.

Diese Wendung wäre in der Tat das Verhängnisvollste, was der Sache des Weltfriedens zustoßen könnte. Die *wirkliche* Wendung, die vom Krieg endgültig fort und auf den Weg der Verhandlung, also des friedlichen, wenn auch noch nicht freundlichen Zusammenlebens der beiden heute gegnerischen Welthälften führen könnte, müßte — soweit es

* Das war bereits geschrieben, als die Regierung Laniel-Bidault tatsächlich gestürzt wurde. Nur ist die Aussicht ganz schwach, daß jetzt eine Koalition ans Ruder komme, die mit dem Indochinakrieg wirklich Schluß machen würde. Zuerst muß schon im französischen *Volk* ein Durchbruch geschehen, damit auch im Parlament der Weg für eine neue Politik frei wird. Der arrogante Ton, den Herr Mendès-France gegenüber den Kommunisten anzuschlagen beliebt, ist auf alle Fälle nicht dazu angetan, in Indochina eine Verständigungslösung herbeizuführen.

** Auch der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» macht unermüdlich Stimmung für eine solche katastrophale «Selbstbesinnung» der britischen Außenpolitik, die dieser merkwürdige Neutrale und Friedensfreund mit täglich erneuerter Inbrunst herbeisehnt.

sich um Ostasien handelt — über einen militärischen Waffenstillstand hinaus vor allem drei Zielpunkte ins Auge fassen:

1. Den *vollständigen Rückzug der Franzosen aus Indochina* (denn dessen angeblich von Frankreich zugestandene «vollständige Unabhängigkeit» ist ja so lange nur eine Phrase, als die Franzosen noch irgendwelche militärische oder wirtschaftliche Machtstellungen im Lande haben).

2. Die Vornahme *allgemeiner Wahlen in Indochina*, die zeigen würden, in welchem Geiste das Volk von Vietnam, Laos und Kambodscha seine Selbstbestimmung im Inneren zu verwirklichen gedenkt.

3. Den *Einsitz Chinas in die Vereinten Nationen* und den Sicherheitsrat, ist doch ein zuverlässiger Friedenszustand in Ostasien undenkbar ohne die enge Zusammenarbeit der bisherigen Mitglieder der UNO mit dem aufsteigenden 400-Millionen-Reich in Ostasien, das jetzt noch immer als Paria, wenn nicht als Verbrecher, aus der «Gemeinschaft der friedliebenden Völker» ausgeschlossen ist.

Natürlich taucht immer sofort das bösartige Schlagwort von einem *«neuen München»* auf, das man den Westmächten zumute, wenn von solchen Forderungen die Rede ist. Aber was war denn München? Nichts anderes als die Erkaufung eines Scheinfriedens durch das Zurückweichen der Westmächte vor der Kriegsdrohung Hitlers, der durch die Opferung der Tschechoslowakei zufriedengestellt und auf den Kampf gegen die Sowjetunion hingelenkt werden sollte. *Das* stand also hinter München: der gewalttätige Antikommunismus der kapitalistischen Westmächte, die sich des noch gewalttätigeren Antikommunismus des Dritten Reiches bedienen wollten, um die Sowjetunion und die soziale Revolution möglichst ohne eigene Kosten zu liquidieren. Heute sind es die gleichen kapitalistischen und imperialistischen Kräfte des Westens, die, im Bunde mit allen reaktionären und faschistischen Mächten, einen neuen Versuch machen, den Kommunismus mit kriegerischer Gewalt zu zerschlagen. Es handelt sich also zwar nicht — wie in München — um eine Kapitulation des Westens vor der Kriegsdrohung einer faschistischen Großmacht, sondern um eine Drohung, die von den *Westmächten selber*, insbesondere von Amerika, ausgeht und die kommunistischen Oststaaten zur Kapitulation zwingen will. Aber die dahinter wirksamen Interessen sind im wesentlichen dennoch die gleichen wie schon vor sechzehn Jahren. Der kapitalistische Kolonialismus und Imperialismus, unfähig, in friedlichem Wettbewerb seine Überlegenheit über den Kommunismus zu beweisen, klammert sich an seine militärischen Machtmittel, in denen er sich überlegen dünkt, sucht mit ihrem Einsatz zu retten, was — vielleicht — noch zu retten ist, und möchte am liebsten zu einem letzten, verzweifelten Schlag ausholen, um den Kommunismus, der sich bereits in einem Raum mit dem vierten Teil der Erdbevölkerung durchgesetzt hat, aus der Welt zu schaffen.

Das ist gewiß ein phantastisches, ein irrsinniges Unterfangen. Aber es wird — im Namen der Freiheit und der Menschenrechte — von gefährlich einflußreichen Wirtschafts- und Geistesmächten gleichwohl ganz kühl ins Auge gefaßt und vorbereitet. Nur der Aufstand der unmittelbar an ihrem Leben bedrohten Völker selbst kann es verhindern. Und die stärkste Macht, die über der Menschengeschichte waltet, wird mit ihm sein.

Klerikaler Absolutismus Brechen wir aber unseren Rundgang durch die Verwicklungen der aktuellen Weltlage hier ab und wenden wir uns noch einmal der politischen Wirksamkeit des römischen Katholizismus zu, die uns in den beiden letzten Heften der «Neuen Wege» beschäftigt hat. Eine ihrer Hauptformen ist in der Gegenwart, wie wir immer wieder festzustellen hatten, der *Kampf gegen den Kommunismus*. Und zwar gegen den Kommunismus als Träger einer weltweiten sozialen Revolution, als Gegner von Kapitalismus, Feudalismus und Imperialismus, nicht als Diktatursystem und geistige Zwangsmacht. Denn in dieser Beziehung haben ja Kommunismus und Klerikalismus viel miteinander gemein. «Um ehrlich zu sein», sagte einmal Karl Barth zu einem Jesuiten, «ich sehe gewisse Zusammenhänge zwischen beiden (römischem Katholizismus und Kommunismus). Beide sind totalitär; beide beanspruchen den Menschen als Ganzes. Der Kommunismus gebraucht ungefähr die gleichen Organisationsmethoden (die er von den Jesuiten gelernt hat). Beide legen großen Nachdruck auf alles Sichtbare. Aber der römische Katholizismus ist für den Protestantismus der gefährlichere der beiden. Der Kommunismus wird vergehen; der römische Katholizismus bleibt.»

Auch Graf Coudenhove-Kalergi (in «Crusade for Pan-Europe») betont die Verwandtschaft des Kommunismus mit einem Klerikalismus, der die Gewissensfreiheit wie die Demokratie als Ganzes ablehnt und grundsätzlich Zensur, autoritäre Führung und absolutistische Regierung bejaht:

«Der Katholizismus ist die faschistische Form des Christentums, dessen demokratischen Flügel der Calvinismus darstellt. Die katholische Hierarchie beruht vollständig und sicher auf dem Führungsprinzip mit dem unfehlbaren Papst als lebenslänglichem Oberbefehlshaber ... Wie die faschistische Partei, so wird seine (des Katholizismus) Priesterschaft das Mittel für eine undemokratische Minderheitsherrschaft durch eine Hierarchie ... Katholische Völker folgen faschistischen Lehren williger als protestantische, welche die Hauptbollwerke der Demokratie sind ... Die Demokratie legt den Nachdruck auf das persönliche Gewissen, der Faschismus auf Autorität und Gehorsam.»

So hat denn der römische Klerikalismus keinerlei Hemmungen zu überwinden, um sich mit dem Faschismus zu verständigen. Das Wort von der *klerikal-faschistischen Internationale*, die in der Bildung begriffen sei, entbehrt wirklich nicht eines sehr realen Hintergrundes. Paul Blanshard

glaubt (in seinem Buch über «Amerikanische Freiheit und katholische Macht») feststellen zu müssen:

«In den Jahren, seit Mussolini zur Macht kam, haben die *Taten* des Vatikans, im Unterschied zu seinen *Worten*, die Überzeugung bestärkt, daß er eine faschistische Internationale freudig unterstützen werde, *solange sie eine klerikal-faschistische Internationale sei.* In mehreren großen Krisen Europas hat der Vatikan durch passive und aktive Zusammenarbeit mit dem Faschismus das Gleichgewicht der Kräfte zuungunsten der Demokratie verschoben. Gegen die faschistische Diktatur hat er sich niemals auch nur mit dem zehnten Teil der Wildheit ausgesprochen, die seinen Angriff auf die kommunistische Diktatur kennzeichnet. Indem er sich auch auf den Kampf gegen einen demokratischen Sozialismus festlegte, hat er sich mit den reaktionärsten Kräften in Europa und Lateinamerika gleichgeschaltet. Es ist sicher kein Zufall, daß die drei am meisten faschistischen Staaten in der heutigen Welt — Spanien, Argentinien und Portugal — alles katholische Staaten sind, deren Diktatoren vom Papst gesegnet wurden und ihm offensichtlich treu ergeben sind.»

Und kein Zufall ist es auch, so muß hinzugefügt werden, daß in Westeuropa weithin konservative Regierungen am Ruder sind, die maßgebend von klerikalen Parteien beeinflußt, ja zum Teil fast allein von ihnen beherrscht werden: in Italien wie in Westdeutschland, in Frankreich wie in Holland, in Österreich wie in der Schweiz. Das klerikale Kleineuropa, von dem so oft die Rede ist, ist mehr als ein Schreckgespenst; es hat schon recht greif- und sichtbare politische Formen angenommen.

Italien als Schlüsselland Aus naheliegenden Gründen weist die vatikanische Politik *Italien* eine Schlüsselstellung für die Ausführung ihrer weltweiten Herrschaftspläne zu. Es war darum gegeben, daß sich das geistliche Rom zielbewußt an das weltliche heranmachte, als es klar wurde, daß dem Faschismus — mindestens vorläufig — der Sieg beschieden war. Der katholische Klerus machte jedenfalls keinerlei ernsthaften Versuch, Mussolinis Staatsstreich zu verhindern. Pius XI., der bald nach dem sogenannten Marsch auf Rom Papst wurde, war ohnehin ein ausgesprochener Gegner der liberalen Demokratie und vollends des Sozialismus in allen seinen Spielarten, so daß es ihm nicht schwer fiel, in ein freundliches Verhältnis zum faschistischen Regime zu kommen, dessen Oberhaupt er am 20. Dezember 1926 geradezu «den von der Vorsehung gesandten Mann» nannte. Es war so nur folgerichtig, daß der Papst die von dem Priester Don Sturzo geführte antifaschistische Katholische Volkspartei opferte und dann, am 11. Februar 1929, den berühmt gewordenen Lateranvertrag mit Mussolini unterzeichnete. Man hat diesen Vertrag als «eines der bedeutsamsten und tragischsten Ereignisse der neueren Geschichte» bezeichnet. Und tatsächlich kann seine Auswirkung auf die italienische wie die internationale Politik kaum überschätzt werden. Er gab Mussolini die moralische Achtbarkeit, die er brauchte, um den Faschismus als den Retter der abendländischen Kultur anpreisen zu können und seine außenpolitische Angriffs-

politik ins Werk zu setzen. Seine Gegenleistung an den Vatikan war entsprechend großzügig: Errichtung eines «souveränen» Vatikanstaats; Ausrichtung einer «Entschädigung» von 1550 Millionen Lire an den Heiligen Stuhl (davon 750 Millionen in bar, der Rest in Staatsanleihen); Anerkennung des Katholizismus als einziger Staatsreligion; Religionsunterricht in den Schulen unter kirchlicher Leitung; Staatsbeitrag an die Besoldung der Geistlichen usw. Kein Wunder, daß Pius XI. in einer Ansprache an die Lehrer und Schüler der Mailänder Universität Mussolini neuerdings höchlich pries:

«Es brauchte (für die Aussöhnung des Vatikans mit der italienischen Regierung) vielleicht einen Mann wie denjenigen, den die Vorsehung uns treffen ließ, einen Mann, der nicht die Vorurteile der Männer liberaler Schule hatte. Wir glauben darum mit tiefer Befriedigung dank ihm den Herrgott an Italien und Italien an den Herrgott zurückgegeben zu haben.»

Demgemäß unterstützte der Vatikan rückhaltlos auch die außenpolitisch-imperialistischen Unternehmungen des faschistischen Staates, sein Eingreifen in Spanien zugunsten Francos wie seinen schmählichen Krieg gegen Abessinien. «Auf den Ebenen Äthiopiens», sagte Kardinal Schuster von Mailand am 28. Oktober 1935, «trägt die italienische Fahne im Triumph das Kreuz Christi voran, sprengt die Ketten der Sklaverei und macht die Bahn frei für die Missionare des Evangeliums.»

Der Einfluß der römischen Kirche trug nicht wenig dazu bei, daß die vom Völkerbund angeordneten Sanktionen gegen Italien toter Buchstabe blieben und der Völkerbund selbst mehr und mehr in Kraftlosigkeit und Unansehnlichkeit versank. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Kirche und Staat litt zwar in der Folge einigermaßen, als Mussolini in der Ausführung des Lateranvertrags säumig oder gar widerspenstig wurde und später, im Zeichen seines Bundes mit Hitler, seine judenfeindlichen Gesetze erließ. Allein zu einem Bruch mit dem Faschismus ließ es der Vatikan gleichwohl nie kommen. Und als Mussolini und seine Herrschaft im Zweiten Weltkrieg ihr skandalbeflecktes Ende fanden, da führte der Heilige Stuhl seine alte, konservativ-reaktionäre Italienpolitik nur mit neuen Männern und neuen Mitteln weiter.

Eine Hauptrolle spielt dabei die «Katholische Aktion», die mächtigste Massenbewegung des heutigen Italiens, die drei Millionen Mitglieder zählen soll, in den kleinsten Dörfern ihre Zellen hat und unmittelbar dem Papst untersteht. Unter ihrem Einfluß haben sich die katholischen Gewerkschaften selbständig gemacht und ist die Christlichdemokratische Partei — die anfänglich noch allerlei Seitensprünge gemacht hatte — zu einer stramm vatikantreuen Organisation geworden, die in ihrem historischen Wahlkampf von 1948 die rückhalt- und skrupellose Unterstützung des gesamten Kirchenapparats genoß und seither ununterbrochen am Ruder ist, wenn auch ihre Herrschaft neuerdings schwer erschüttert scheint. Daß der klerikale Antikommunismus in Italien stärkste Förde-

rung von seiten der Vereinigten Staaten erfährt und amerikanische Katholiken Millionen von Dollar in die Kassen der Democrazia Cristiana fließen lassen, gehört zum ganzen Bild dieser Dinge.

Drei „Musterstaaten" Ähnliches ereignete sich in *Spanien*. Wir haben bereits früher* davon gesprochen, daß die katholische Kirche als Großgrundbesitzerin ersten Ranges und als industriell-gewerbliche Unternehmerin großen Stils eine beherrschende Machtstellung in der spanischen Wirtschaft einnimmt. Die politischen Wirkungen dieser Tatsache schildert Edward Conze in seinem Buch «Spain to-day»:

«Die Geistlichkeit ist die stärkste reaktionär-politische Körperschaft in Spanien ... Geschichtliche Beobachtung zeigt einen direkten Zusammenhang zwischen Elendsverhältnissen und Kirchenmacht. Der Tourist, der nach Spanien geht, um die Kirchen zu bewundern, nimmt vielleicht gelegentlich auch davon Kenntnis, daß je größer die Kathedrale, desto schmutziger die Armenviertel sind. Die Kirche ist vielleicht die einzige Organisation der modernen Gesellschaft, die durch den wirtschaftlichen Fortschritt nur verlieren kann ... Nur wenn sie es fertig bringen, Spanien als halbfeudales Land zu erhalten, haben die Priester Aussicht, sich an der Macht zu halten. Die Republikaner und Sozialisten sehen sie darum in gleicher Weise als ihre tödlichsten Feinde an ... Alle spanischen Bewegungen, ob vom Bürgertum oder von der Arbeiterschaft getragen, müssen antiklerikal sein, wenn sie vom Feudalismus loskommen wollen.»

Es ist namentlich auch die Bildungsfeindlichkeit der katholischen Geistlichkeit, die einer Modernisierung und Industrialisierung der spanischen Wirtschaft im Wege steht:

«In allen Industrieländern wurde der Schulzwang eine Selbstverständlichkeit. Nur in halbfeudalen Ländern wie Rußland und Spanien waren Revolutionen nötig, um den Schulunterricht zu erkämpfen. In Spanien war es wie in Rußland die Kirche, die fürchtete, das Wort Gottes könne sich nicht erfolgreich gegen die Konkurrenz von Büchern und Zeitungen behaupten, und die alles tat, um die Massen zu verhindern, lesen und schreiben zu lernen. So sind denn 46 Prozent der spanischen Bevölkerung von über sechs Jahren Analphabeten, der höchste Prozentsatz in Europa. Dabei wurde schon im Jahre 1859 der Schulzwang eingeführt.» (Conze, a. a. O.)

Es war unter diesen Umständen gegeben, daß die faschistische Gegenrevolution unter Franco vom ersten Tag an die leidenschaftliche Unterstützung des Klerus fand. «Man muß in ihr den Geist eines wahrhaften Kreuzzuges für die katholische Religion sehen», verkündete schon im November 1936 der Erzbischof von Toledo, Kardinal Goma. Und wie in Italien, so priesen auch hier die Kirchenfürsten den Führer der Gegenrevolution als «den Mann der Vorsehung, den Gott Spanien geschenkt hat.» (Bischof Alcalà von Madrid.) Es war, wie Blanshard bemerkt, «die internationale Macht des Vatikans, die den Ausgang des Kampfes bestimmte. Die römisch-katholische Kirche in den Vereinigten Staaten spielte eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung einer Aufhebung

* Vgl. März/April-Heft, Seite 166/167.

des Waffenausfuhrverbotes gegenüber Spanien, hätten doch Waffenlieferungen die Regierung aus der Hand der Francorebellen gerettet».

So gewann der spanische Faschismus, von Hitler, Mussolini und Amerika unterstützt, den Bürgerkrieg. Franco aber konnte in Spanien einen eigentlichen klerikalen Musterstaat aufrichten, der an totalitärer Folgerichtigkeit das Italien Mussolinis weit hinter sich zurückläßt. Wobei freilich interessant ist, daß bis heute der Vatikan das Konkordat mit dem spanischen Staate, das unter der Monarchie bestanden hatte, aber von der Republik 1931 aufgehoben wurde, nicht erneuert hat. Der Grund ist nicht schwer zu verstehen: «Der Vatikan sieht, wie eine Autorität bemerkte, das gegenwärtige Regime nicht als dauerhaft an; es widerstrebt ihm daher, diesem Regime Vorrechte zu gewähren, die später in feindliche Hände fallen könnten.» (Basil Davidson, «Report on Spain», London 1950.)

Um so festeren Rückhalt findet Franco an den Vereinigten Staaten, die jetzt Dutzende von Millionen Dollar in Spanien anlegen, um es zu einem Hauptbollwerk der «freien Welt» im Kampf gegen Diktatur und Geistesknechtung zu machen . . .

Neben Spanien sind die am konsequentesten ausgebauten klerikal-konservativen Staaten Europas *Portugal*, das unter der Diktatur von Dr. Oliveira Salazar alle freiheitlich-demokratischen Errungenschaften aufgehoben und der katholischen Kirche beherrschenden Einfluß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, besonders auch im Schulwesen, gegeben hat, und sodann die Republik *Irland*, die trotz der jüngsten Wahlniederlage der Partei De Valeras auf absehbare Zeit an der «Sonderstellung» der römischen Kirche und der von ihr inspirierten Kulturpolitik, eingeschlossen die Bücher- und Theaterzensur und die kirchliche Leitung des Schulwesens, kaum etwas Wesentliches ändern wird.

Umstrittenes Frankreich Im Blick auf die drei klerikalen Musterstaaten Westeuropas muß der Verlust Frankreichs, der «ältesten Tochter der Kirche», im Vatikan doppelt schmerzlich empfunden werden. Die Niederlage Frankreichs im Jahr 1940 erschien zwar vielen Katholiken als ein wahres Gottesgericht über die Dritte Republik mit ihrem Atheismus und ihrem stets ausgeprägter gewordenen Zug nach links. Und das Regime von Vichy durfte sich der freudigen Unterstützung aller klerikal-konservativen Kräfte erfreuen, die in ihm den Anfang einer «geistigen Wiedergeburt Frankreichs» sahen. Auch Pétains Judengesetz und seine Mithilfe bei Hitlers Feldzug gegen die französischen und die nach Frankreich geflüchteten deutschen Juden vermochten das gute Verhältnis zwischen Rom und Vichy nicht zu trüben. Aber dann kam, mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches und der Befreiung Frankreichs, aus dem französischen Katholizismus selbst heraus jene *wirkliche* Erneuerungsbewegung, auf die auch wir damals so

große Hoffnungen setzten. Es war eine Täuschung. Die alten «Ordnungsmächte» kehrten, unter amerikanischem Schutz und mit amerikanischer Wirtschaftshilfe, nur zu schnell zurück, und mit ihnen auch ein konservativer Katholizismus, der in der Republikanischen Volksbewegung (Mouvement Républicain Populaire, MRP) ein immer fügsameres Werkzeug gewann. Nichts kann den Umschwung in der politischen Haltung der katholischen Kirche Frankreichs besser veranschaulichen als ihre fast widerspruchslose Unterwerfung unter den gemessenen Befehl Roms, der der Wirksamkeit der Arbeiterpriester tatsächlich ein Ende machte und durch die «Säuberung» im Dominikanerorden — ebenfalls vom Vatikan aus angeordnet — sinngemäß ergänzt wurde. Bitter bemerkt unser Freund Maurice Voge in der «Cité Nouvelle» (25. Februar 1954):

«Der Vatikan richtet theologisch und sozial den französischen Katholizismus nach rechts, auf den spanischen und amerikanischen Katholizismus aus. Die Strafmaßnahmen gegen die Patres de Lubac und de Teilhard du Chardin; die Affäre der Finalykinder, dann die Verleihung der höchsten katholischen Ordensauszeichnung an Franco durch den Vatikan, die Exekution der Arbeiterpriester — all das liegt auf *einer* Linie und findet hier (in der Säuberung bei den Dominikanern) seine Krönung ... Der Graben zwischen Katholizismus und Arbeiterklasse, zwischen dem Romanismus und den anderen Christen, zwischen dem MRP und den Linksparteien vertieft sich. Bald wird ein neuer heftiger Antiklerikalismus aufblühen — und das Evangelium wird darunter zu leiden haben.»

Deutschland – Oesterreich Der Raum mangelt uns, um des näheren auf die verhängnisvolle Rolle einzutreten, die der politische Katholizismus in der jüngsten Vergangenheit in Deutschland und Österreich gespielt hat und nun weiter spielt. Halten wir darum nur ein paar Haupttatsachen fest. Zunächst sei nicht vergessen, daß die konservativ-klerikalen Reichskanzler *Brüning* und *von Papen* zu den erfolgreichsten Schrittmachern *Hitlers* gehörten, der seinerseits im reaktionär-katholischen Österreich und Bayern seinen Ausgang nahm und später bekannte, wieviel er von der hierarchischen Ordnung der Romkirche und namentlich von der Theorie und Praxis des Jesuitenordens gelernt habe. Der katholische Klerus stellte sich denn auch von Anfang an im großen ganzen freundlich zum Nationalsozialismus ein. Katholiken durften unbehelligt Nationalsozialisten sein, während die bürgerliche Demokratie und gar der Sozialismus von der katholischen Doktrin auch in Deutschland stets grundsätzlich abgelehnt und ihre Anhänger oft genug vor die Wahl zwischen ihrer politischen Überzeugung und ihrer Zugehörigkeit zur Kirche gestellt wurden.

Das Konkordat, das der Vatikan im Jahre 1933 mit der Regierung Hitler-von Papen abschloß, sicherte dem Dritten Reich die Gefolgstreue der katholischen Geistlichkeit, um so mehr als für beide Teile der Kampf gegen den Kommunismus längst einer der obersten Glaubensartikel geworden war. «Die deutschen Bischöfe», so hieß es in einem Hirtenbrief vom 24. Dezember 1936, «betrachten es als ihre Pflicht, den Führer des

Reichs in diesem Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen, über die sie auf religiösem Gebiete verfügen.» Es brauchte schon die alle Grenzen überschreitende Brutalität von Hitlers Judenverfolgung, um den Vatikan zur theoretischen Verdammung der Blut- und Bodenlehre zu veranlassen. Ernsthafte *praktische* Wirkungen hatte das indessen kaum; das Konkordat wurde nicht gekündigt und Hitler auch nie exkommuniziert. Die Loyalität des deutschen katholischen Klerus gegenüber dem Dritten Reich blieb weithin unerschüttert; seine Hauptsorge war, daß der Nazismus im eigentlichen Kirchenraum nicht zu viel mitzureden und mitzuregieren hatte. (Bei den Protestanten war es ja ganz ähnlich.)

Nach der Niederlage Hitlers rückte man natürlich auch auf katholisch-konservativer Seite offiziell vom Nationalsozialismus ab — um die «nationale Wiedergeburt» nur desto eifriger mit anderen Methoden zu betreiben und dabei womöglich dem politischen Katholizismus die beherrschende Stellung zu sichern. Auf dem Weg zu diesem Ziel sind denn auch schon sehr beachtenswerte Fortschritte gemacht worden. Westdeutschland ist zwar nur zu 45 Prozent katholisch, aber es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß der konservative Katholizismus die stärkste politische Einzelkraft in der Bonner Republik ist. Er stellt den Bundeskanzler und in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein die Ministerpräsidenten. Im Regierungs- und Verwaltungspersonal des Bundes und der Länder sind die rechtsstehenden Katholiken unverhältnismäßig stark vertreten, desgleichen in der Führung der «kommenden» Armee. Die Bundestagsabgeordneten der Partei Adenauers, der Christlich-Demokratischen Union, sind zu 62 Prozent katholisch, und es hilft nichts, zeugt vielmehr nur von einer erstaunlichen Naivität, wenn jetzt ein Teil der Protestanten, die das letztemal für die CDU gestimmt haben, beunruhigt erklärt, der Sieg der Kanzlerpartei bei den Wahlen vom Herbst 1952 bedeute keine Ermächtigung für die katholische Kirche, größere Herrschaftsansprüche zu erheben. Tatsache ist jedenfalls, *daß* solche Ansprüche erhoben werden, namentlich im Schulwesen, und daß eines der wesentlichen Ziele von Adenauers Außenpolitik die Schaffung jenes «Kleineuropa» ist, das mit Italien, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Holland, Österreich, Spanien, Portugal und Westdeutschland als Mitgliedern ausgesprochen klerikal-konservativen Charakter tragen soll.

Was *Österreich* betrifft, so weiß man, daß dort auch nach der Auflösung der Habsburger Doppelmonarchie der reaktionärste Klerikalismus herrschte. Die Namen Seipel, Dollfuß, Starhemberg und Schuschnigg bezeichnen einen politischen Kurs, der im Zeichen des Antikommunismus und des «christlichen Ständestaates» geraden Wegs zum Faschismus führte. Und die katholische Geistlichkeit lenkte nicht nur ganz zielklar diesen freiheitsfeindlichen, gegenrevolutionären Kurs, sondern war eine Hauptantriebskraft auch der Bewegung, die auf eine Verschmelzung Österreichs mit Deutschland hindrängte, selbst als der widerchristliche,

kriegstreiberische Charakter des Dritten Reiches schon längst auch dem Blindesten klar sein mußte. «Warum», so fragt P. Schmid-Ammann in seiner Schrift über den politischen Katholizismus,

«warum hat der österreichische Episkopat dennoch seinen Gläubigen den Anschluß an das Dritte Reich und die freiwillige Zusammenarbeit mit diesen finsteren Mächten des Hitlersystems empfohlen? Weil er genau wie die schwerindustriellen Protektoren und Geldgeber Hitlers gehofft hatte, mittelst der nationalsozialistischen Diktatur das österreichische Volk besser zu beherrschen, und weil er wie die klerikalen Mächte in allen anderen Ländern erwartete, die staatliche Diktatur würde der kirchlichen die Arbeit erleichtern, würde mit der Beseitigung der Gewissensfreiheit auch die Gegner der römischen Hierarchie tödlich treffen und damit ihre geistige Macht über Millionen von Menschen festigen.»

•

Ausblick Sollen wir auch noch von der Tätigkeit des politisch rückschrittlichen Katholizismus in der *Schweiz* reden? Es genügt, an einige Tatsachen zu erinnern, die dem Gedächtnis einer schnellebigen Zeit nur zu leicht entschwinden: an die offen zur Schau getragene tiefe Sympathie unserer alt- und jungkonservativen «Erneuerer» für den deutschen Nazismus, für den italienischen Faschismus, für die Gegenrevolution Francos in Spanien, für das Regime Pétains in Frankreich, überhaupt für alle autoritären, ständestaatlichen und faschistischen Bewegungen auf der Welt; an die Zusammenarbeit der katholischen «Bünde» mit den rein weltlich orientierten «Fronten» in unserer Eidgenossenschaft; an die Veröffentlichungen eines Philipp Etter (der noch heute den Bundesrat ziert), Jakob Lorenz, Carl Doka und anderer, die der liberalen Demokratie das Totenglöcklein läuten zu sollen glaubten; an den stark unter klerikaler Mithilfe unternommenen Versuch, die Bundesverfassung nach rückwärts zu revidieren; an die Verherrlichung Mussolinis durch Bundesrat Motta, als der Duce mit den anderen großen Staatsmännern in München die Tschechoslowakei verraten hatte; an die ebenfalls durch Motta bewerkstelligte tatsächliche Anerkennung des Francoregimes durch die Schweiz; an die berüchtigte «Anpasser»-Botschaft des Bundesrats, hinter der neben Pilet-Golaz vor allem die beiden katholischkonservativen Mitglieder der Landesregierung standen. Glaubt ein nüchtern denkender Mensch, daß all diese und die anderen, hier nicht erwähnten Erscheinungsformen eines klerikalen Antidemokratismus nur zeitbedingte Entgleisungen darstellten? Nein — sie sind gewiß durch die dem Faschismus günstige Konjunktur erst hervorgelockt worden, so wie sie dann auch wieder zurücktraten, als die Zeitläufte aufs neue ein Bekenntnis zur Demokratie zu verlangen schienen; aber nur wer vor den grundsätzlich der politischen Freiheit und der sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft feindlichen Tiefenkräften im römischen Katholizismus die Augen verschließt, nur der kann sich einer Täuschung über die Zähigkeit, Beständigkeit und Zielklarheit des reaktionären Klerikalismus hingeben, mag es sich um unsere kleine Schweiz oder um die große Welt außerhalb unserer Grenzen handeln. Auch der allzu knappe Überblick, den wir an dieser Stelle über die Rolle

des politischen Katholizismus in den Kämpfen unserer Zeit zu bieten suchten, dürfte das dem Sehenwollenden anschaulich gemacht haben.

Diese Spielart des Weltkatholizismus ist und bleibt ein geschworener Feind der persönlichen und politischen Freiheit wie allen radikalen, ernstzunehmenden Sozialismus — ihr gefährlichster Feind vielleicht. Es zeugt darum von einer verhängnisvollen Verblendung, wenn Bewegungen und Kräfte, die auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus zu stehen beanspruchen, heute weithin im Bund mit dem reaktionären Klerikalismus die Freiheit der Welt gegen Despotie und Gleichschaltung verteidigen zu müssen wähnen. Verständlich wird diese Verblendung nur im Blick auf die Tatsache, daß eben die kapitalistische wie die angeblich sozialistische «Demokratie» heute ihren Hauptfeind in der weltweiten sozialen Revolution sieht, die durch die eigene Schuld der Demokratien ganz überwiegend vom Kommunismus getragen wird, und diesen «Teufel» mit Beelzebub austreiben zu können glaubt — im Bund also mit dem geistlichen wie dem weltlichen Faschismus und Totalismus. Der Zweck soll auch hier die Mittel heiligen.

In Wirklichkeit entheiligen und diskreditieren die schlechten Mittel, die im Kampf gegen den Kommunismus gebraucht werden, den erstrebten Zweck in einer völlig hoffnungslosen Weise. Das müßten eigentlich nicht nur die Demokraten und Sozialisten einsehen, sondern auch diejenigen Katholiken, denen es vor allem um die Ausbreitung ihres besten Glaubensgutes in der Welt zu tun ist. Trotz dem beherrschenden Einfluß, den die römische Kirche in einer Reihe von Ländern noch ausübt, und trotz der zunehmenden Macht, deren sie sich besonders in den Vereinigten Staaten erfreut, steht sie im großen ganzen und vor allem in Europa doch in ausgesprochener *Verteidigungsstellung*. Die Verluste, die sie hier in den letzten Jahrzehnten erlitten hat, sind schwer und schmerzlich. Sie hat nicht nur eine Million Rumänen und zwei bis drei Millionen Ruthenen wohl endgültig an die orthodoxe Kirche verloren, sondern in Polen und der Tschechoslowakei, in Ungarn und Jugoslawien ihre völlige Unterwerfung unter die neuen Staatsgewalten hinnehmen müssen mit der Aussicht, daß früher oder später die katholischen Nationalkirchen dieser Länder gänzlich von Rom getrennt werden. Alle Entrüstung über diese Sachlage nützt nichts, solange die katholische Geistlichkeit der osteuropäischen Staaten politisch und sozial konservativ bis reaktionär gesinnt ist und als mögliche Hilfstruppe einer Gegenrevolution (etwa im Gefolge eines westmächtlichen «Befreiungskrieges») eine Lebensgefahr für die jungen Volksrepubliken darstellt. Der Klerus war ja schon unter dem alten Regime in all diesen Ländern eine Hauptstütze der feudal-kapitalistischen Herrenklassen; er stellte sich auch in der nazistisch-faschistischen Periode ganz überwiegend gegen das Volk auf die Seite der Unterdrücker und Ausbeuter; wie sollten da die Träger des neuen Regimes nicht alle Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, um die «Fünfte Kolonne» unschädlich zu machen, die sich hier unter dem Deckmantel der Religion formiert?

Es geht dem Katholizismus in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht anders als der Demokratie und dem Sozialismus: er kann sein Recht nur behaupten, wenn er zuvor sein Unrecht aufgibt. Er kann das Unrecht des Kommunismus nur besiegen, wenn er dessen Recht erst anerkennt. Er kann seine weltumgestaltenden, weltüberwindenden Kräfte erst entfalten, wenn er über seine Hörigkeit gegenüber den Mächten dieser Welt, über seine Interessensolidarität mit den feudalen und kapitalistischen Herrenklassen entscheidend hinauskommt. Die Revolution, die mit den Waffen des Cäsars unternommen wird, kann nicht mit der weltlichen und geistlichen Gegenrevolution — also wiederum mit Cäsarismus oder Cäsaropapismus — überwunden werden; sie muß durch die Revolution *Christi* überwunden, nein: überboten werden, auf daß mit *seinen* Waffen, *seinem* Geist, *seinen* Methoden neue Himmel und eine neue Erde geschaffen werden, worinnen Gerechtigkeit wohnt.

14. Juni *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Prof. Dr. med. *Heinrich Meng: «Zwang und Freiheit in der Erziehung»* (Erziehen, Strafen, Reifenlassen). Zweite, erweiterte Auflage. Verlag Hans Huber, Bern und Stuttgart.

Um dieses grundsätzlich wissenschaftliche Buch in wissenschaftlichem Sinne eingehend zu besprechen, fehlen uns wohl die Voraussetzungen. Wenn wir es als ein Werk erkennen, das von höchster ethischer Warte her mit feinem Gewissen und tiefem Wissen geschrieben ist, mit einer Fülle von Material, Beiträgen und Zitaten der edelsten Geister, die um dieses schwere und entscheidend wichtige Thema der Erziehung ringen, bereichert und das sicher eine echte Hilfe für Eltern, Erzieher und andere, um das Wohl der Kinder und der zukünftigen Welt Besorgte ist, so sagen wir damit wohl Wesentliches. Doch ist uns beim Lesen und Wiederlesen klar geworden, daß dieses Buch in seinem Reichtum von uns im Moment nicht wirklich bewältigt werden kann, wie wir es wünschten, und daß es an Fragen aller Art rührt, die recht eigentlich nach ausgedehntem und fortgesetztem Gespräch mit dem Autor und mit den von ihm herangezogenen Persönlichkeiten, jedenfalls nach grundlegender Beschäftigung mit dem, was sie sagen, ruft. Und da wir dem Kinde und seinen Problemen wie dem Problem der Erziehung überhaupt die brennendste Anteilnahme entgegenbringen (es aber leider verschiedener Umstände halber in unserer Zeitschrift immer wieder zurückstellen müssen), glauben wir, daß das dankenswerte Buch und sein Autor, dessen unmittelbaren Herzschlag man neben allem Wissen darin spürt, zum Anlaß und Ausgangspunkt solcher Gespräche und Fragestellungen werden, die in irgendeiner Form, an irgendeinem Ort und immer wieder erfolgen können. Wir haben das Gefühl, daß unser Blick von Jesus her auf das Kind sich gerade zusammen mit dieser verantwortungsbewußten Art von ärztlichem, wissendem und menschlichem Eindringen in die zarten Wunder der Beziehung von Erwachsenem und Kind zu etwas Fruchtbarem gestalten könnte.

C. W.-St.